

Antrag 6

VKI (Verein für Konsumenteninformation)



Kürzlich hat der Geschäftsführer des VKI Franz Floss, der anlässlich seines Ruhestandstritts eine Bilanz seiner Tätigkeit zog, in einer Pressekonferenz gesagt: „Mindestens zwei Mio. Euro zusätzlich pro Jahr sind notwendig, um den Betrieb des Vereins für Konsumenteninformation (VKI) "qualitativ aufrecht zu erhalten"“. Weiters meinte er: "Uns geht langsam die Luft aus".

Floss forderte die Umsetzung des Regierungsprogramms von 2013, wonach von der Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) verhängte Bußgelder dem VKI zugutekommen sollen. Die Verhandlungen in den Ministerien würden noch laufen. Der VKI sei nicht in die Gespräche eingebunden, brauche aber langsam etwas Schriftliches zur Planung, betonte der Leiter der Verbraucherorganisation. In einem Jahr wird es uns noch geben, weil wir kaufmännisch gut arbeiten und Rücklagen haben", erläuterte Floss.

Wie die Situation ohne zusätzliches Geld in zwei Jahren aussehe, könne er nicht abschätzen. Das würde aber womöglich bedeuten, "dass der VKI seine Aufgaben nicht erfüllen kann". Es habe schon vor einiger Zeit Nicht-Nachbesetzungen von Stellen in der Organisation gegeben, fügte Floss hinzu.

Den erhöhten Finanzbedarf begründete der scheidende Geschäftsführer mit der steigenden Zahl an Tests und der umfangreicheren Arbeit. Produkte kämen in viel kürzeren Abständen auf den Markt als früher, hielt Floss fest. Es gehe zudem nicht mehr nur darum, "wie gut wäscht eine Waschmaschine?", sondern beispielsweise auch um den Strom- und Wasserverbrauch und die Langlebigkeit. "Das Angebot ist größer geworden und wir müssen dem Konsumenten mehr bieten."

Der VKI befindet sich laut Floss in einem Modernisierungsprozess.

Die Verbraucherorganisation mit einem Jahresbudget von rund zehn Mio. Euro finanziert ihre Arbeit zu rund 75 Prozent selbst, betonte Floss. Der VKI erhält

seine Erlöse vor allem durch Publikationen wie dem "Konsument"-Magazin, durch Projekte sowie Verlags- und Beratungstätigkeit. Gefördert wird der VKI außerdem durch Mitgliedsbeiträge der Bundesarbeitskammer (AK) und des ÖGB sowie durch eine Basissubvention des Sozialministeriums.

Die der Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark fordert die Bundesregierung und insbesondere den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz auf, eine Regierungsvorlage zu verabschieden, die eine entsprechend dotierte Basissubvention durch den Bund für den Verein für Konsumenteninformation(VKI) vorsieht.

KR Mag. Harald Korschelt
Fraktionsobmann FA
16.11.2015

Für

Arbeiter und **A**ngestellte